

# Umzingelt von Feinden: Wiederaufbau in Kobane

Viele Bewohnerinnen und Bewohner kehren zurück, doch die Lage ist kompliziert. Auf drei Seiten lauert der Islamische Staat, auf der vierten verweigert die Türkei einen Hilfskorridor. **Seiten 17 bis 19**

Fotos: Sylvio Hoffmann

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG



Sonnabend/Sonntag, 6./7. Juni 2015

70. Jahrgang/Nr. 129 Bundesausgabe 2,00 € [www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)

## STANDPUNKT

### Krawallfixierter Journalismus

Fabian Lambeck über Medien und ihr Verhältnis zur Gewalt

Klappern gehört zum Handwerk. Das gilt insbesondere für Journalisten, die im Vorfeld von linken Großveranstaltungen gerne die Gefahr vom »Schwarzen Block« beschwören. Etwa am Donnerstag, als 40 000 Menschen durch München zogen, um ihren Unmut über die Politik der postdemokratischen G7-Einheitsfront auf die Straße zu tragen. Überschlugen sich die Medien im Vorfeld noch mit düsteren Prognosen, entpuppte sich der erste Demonstrationzug als ebenso bunt wie friedlich. Das war den Kollegen von der klappernden Zunft leider keine ausführliche Berichterstattung wert. Brennende Autos haben einen größeren Nachrichtenwert als gewaltloser Protest. So bestätigt man jene radikalen Gruppen, die meinen, ohne inszenierte Krawalle erhielten die Anliegen der Demonstranten keine Medienöffentlichkeit.

Zum journalistischen Handwerk gehört nicht nur das Klappern, sondern auch das Recherchieren. Hätte man sich die Mühe gemacht, wäre schnell rausgekommen, dass im europäischen Ausland kaum für den G7-Protest mobilisiert wurde. Somit fehlen dem »Schwarzen Block« voraussichtlich seine größten Aktivposten aus Italien. Wobei diese auch manchmal aus den Reihen der Polizei kommen. Wie bei den friedlichen Blockaden rund um Heiligendamm 2007, wo Beamte in Zivil erfolglos versuchten, Demonstranten zu Steinwürfen auf ihre Kollegen zu ermuntern. Leider war das kaum einer Zeitung eine Schlagzeile wert.

## Die ganze Welt schaut auf Elmau

Denkste: In Bielefeld will sich Gregor Gysi zu seiner Zukunft äußern. Da können die G7 nicht mithalten



Berlin. Während sich die G7 vor dem Wochenende bemühten, ihren bevorstehenden Gipfel zum Topthema zu machen, sorgte G1 für das größere Interesse: Was wird Gregor Gysi auf dem Parteitag der LINKEN in Bielefeld verkünden? Der Linksfraktionschef hatte in zahlreichen Interviews Andeutungen über seine politische Zukunft mit dem Hinweis verknüpft, er werde zuallererst seine Partei davon in Kenntnis setzen.

So blieb die Spannung erhalten. Gysis Vize Dietmar Bartsch meinte, eine Entscheidung sei schon gefallen. Jan Korte, ebenfalls Stellvertreter, war zuvor mit den Worten zitiert worden, er »glaube, es ist noch offen«. Gysis Stellvertreterin Sarah Wagenknecht lehnte es gestern ab, die Öffentlichkeit mit »Personalspekulationen zu unterhalten«.

Wagenknecht und Bartsch gelten als Favoriten Gysis für eine mögliche Nachfolge. Wagenknecht hatte zwar vor einigen Monaten angekündigt, nicht zur Verfügung zu stehen. Sie sagte nun aber, es solle erst mal abgewartet werden, »was Gregor Gysi am Sonntag sagen wird«. Bartsch sagte mit Blick auf Wagenknecht, »wir arbeiten seit Beginn der Legislatur gut zusammen«. Linksparteichef Bernd Riexinger hatte zuvor erklärt, der Vorstand der Partei habe Gysi gebeten, im Herbst erneut für den Fraktionsvorsitz zu kandidieren. Es seien aber auch »Nachfolge-Lösungen diskutiert« worden, die man »zeitnah präsentieren« werde, sagte Riexinger gegenüber der »Welt«.

In Bielefeld will die Linkspartei aber auch noch über Inhalte und Strategie diskutieren – und sich als »die Alternative zur Großen Koalition« präsentieren. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem eine Kampagne gegen prekäres Leben, eine Debatte über das bedingungslose Grundeinkommen sowie die Kommunalpolitik.

Über Fragen der Weltpolitik soll es derweil beim Treffen der selbst ernannten Führungsnationen in Bayern gehen. Kanzlerin Angela Merkel sagte am Freitag, »in einer Welt voller Konflikte« sei es wichtig, »miteinander zu beraten«. Zugleich erklärte die CDU-Politikerin, worüber sie nicht beraten wolle: über die NSA-BND-Spionageaffäre. Dazu wäre am Rande des G7-Gipfels Gelegenheit.

Trotz der Schikane von Medienvertretern und der Stimmungsmache gegen die Kritiker des Herrschafts-Klubs auf Schloss Elmau behauptete Merkel, »wir haben viel getan, um auf die Menschen zuzugehen, die sich kritisch mit der Globalisierung auseinandersetzen.« Ob das die rund 40 000 Teilnehmer der Großdemo vom Donnerstag in München auch so sehen? Die Proteste gingen am Freitag weiter. Bayerns Behörden hatten behauptet, es würden »mindestens zwei- bis dreitausend gewaltbereite Leute« erwartet – womit offenbar legitimiert werden soll, dass rund um den Gipfel über 19 000 Polizisten im Einsatz sind, mehr als je zuvor. *tos* **Seiten 3, 4, 5 und 21**

Foto: dpa/Angelika Warmuth

## UNTEN LINKS

Ein **Flugblatt**, auf dem kostenlose Bahnfahrten während des Kirchentages versprochen wurden, ist von den zuständigen Verkehrsbehörden als Fälschung enttarnt worden. Die Enthüllung sorgte unter den Anhängern der in Stuttgart versammelten Unterabteilung des Glaubens für Verunsicherung. Offenbar rechnen viele damit, dass auch andere Verheißungen sich als Schmu herausstellen könnten. Entsprechende Sorgen griffen umgehend über den Kreis der Kirchentagsgänger hinaus auf die schwäbische Automobilarbeiterschaft über, wo sich schnell Zweifel breit machten, dass es sich bei den Versprechen, die der Kapitalismus macht, ebenfalls um gefälschte Flugblätter handeln könnte. Auch wurden Befürchtungen laut, der Virus der falschen Verkündigung könne sich bis Bielefeld ausbreiten. Dort wurde für das Wochenende die Herstellung von flugblattartigen Erklärungen erwartet. Die zuständigen Verkehrsbehörden kündigten bereits an, diese umgehend zu fälschung zu erklären. *tos*

## Nur kurze Atempause für Tsipras

Athen verschiebt Rückzahlung an IWF / Debatte über Gläubigerforderungen im griechischen Parlament

**Die griechische Regierung lehnt die »extremen Vorschläge« der Gläubiger ab, ließ Premier Alexis Tsipras wissen. Entscheidend könnte sein, ob dies seiner Partei SYRIZA genügt ist.**

Von Katja Herzberg

Die drohende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands konnte die Regierung unter Alexis Tsipras zum Ende der Woche verhindern, eine Einigung in den Verhandlungen mit den Kreditgebern von Europäischer Union und Internationalem Währungsfonds (IWF) stand bis Freitagabend jedoch weiter aus. So währte die Atempause für die SYRIZA-geführte Regierung nur über Nacht.

Am Freitag wollte Athen Kredite in Höhe von gut 300 Millionen Euro an den IWF zurückzahlen. Doch noch am Donnerstagabend entschied das Kabinett von Tsipras, die sogenannte Sambia-Option zu nutzen. Das heißt, dass die IWF-Schulden von insgesamt 1,6 Milliarden Euro, die in diesem Monat fällig werden, gebündelt am 30. Juni beglichen werden.

Nachdem Griechenland die Rückzahlung verschoben hatte, wurden rasch Spekulationen über eine Verlängerung des Ende Juni

auslaufenden zweiten Kreditprogramms für Griechenland laut. Die »Welt« brachte in Umlauf, dass das Programm bis in den Herbst hinein verlängert werden könnte. »Technisch ist dieser Schritt unumgänglich. Eine andere Möglichkeit haben wir kaum noch, um Griechenland über den Sommer zu bringen«, hieß es laut der Tageszeitung in europäischen Verhandlungskreisen.

Nachrichtenagenturen ließen zudem verlauten, dass sowohl die EU als auch der IWF bereit seien, die Sparauflagen für Athen zu lockern und Griechenland auf 10,9 Milliarden Euro zurückgreifen könnte, die eigentlich für die Rettung maroder Banken reserviert sind. Aus dem aktuellen Kreditprogramm werden 7,2 Milliarden Euro zurückgehalten.

Über den Fortschritt der Verhandlungen, die in den vergangenen Tagen vor allem auf höchster Regierungsebene geführt wurden, wollte Tsipras am Freitagabend das griechische Parlament informieren. »Die Regierung wird keine extremen Vorschläge akzeptieren. Unser Volk hat in den vergangenen fünf Jahren genug gelitten«, erklärte Tsipras zuvor. Die Äußerung war sicher mehr an die 149 SYRIZA-Abgeordneten

gerichtet denn an die Gläubiger. SYRIZA-Politiker aus dem linken Flügel der Partei machten in den vergangenen Tagen mit Forderungen nach Neuwahlen und nach einem freiwilligen Ausscheiden aus der Eurozone auf sich aufmerksam. Der Ökonom Costas Lapavistas von der Linken Plattform in SYRIZA warnte die Regierung im »Tagesspiegel« davor, einem Kompromiss zuzustimmen, der »gegen alles verstößt, was wir den

**»Wir arbeiten weiter an einer Lösung, Tag und Nacht.«**

Sprecher der EU-Kommission

griechischen Wählern versprochen haben«. Es sei Zeit für einen Plan B und dafür, »die Griechen auf drastische Aktionen vorzubereiten«. Dies könnte auch eine erneute Parlamentswahl oder ein Referendum sein. »Die Entscheidung liegt bei den Menschen.«

Der Wille der Griechen, im Euro zu bleiben, wurde derweil mit einer neuen Umfrage untermauert. Die Nachrichtenseite »Newsit«

gab bekannt, dass sich nur 18 Prozent für den »Grexit« aussprechen und 74 Prozent die Gemeinschaftswährung behalten wollen.

Dies ist auch stets das Ziel von Tsipras im Streit mit den Gläubigern gewesen. Doch die Einigung steht weiter aus. Beobachter erwarteten am Freitagnachmittag nicht mehr, dass Tsipras am Abend zu einem weiteren Treffen nach Brüssel reist. Ein Telefonat zwischen Tsipras, Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident François Hollande am Donnerstagabend habe aber in einem »guten und konstruktiven Klima« stattgefunden. Selbiges gab Athen im Übrigen auch über ein Gespräch von Tsipras mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu Energiethemen bekannt.

Auch die EU-Kommission setzte ihre Vermittlungsbemühungen fort. »Wir arbeiten weiter an einer Lösung, Tag und Nacht. Ein Kompromiss ist möglich«, sagte der Sprecher. Knackpunkt in den Verhandlungen ist weiterhin die Höhe der Staatseinnahmen. Die Vorschläge aus Athen sollen 1,8 Milliarden Euro in die Staatskassen bringen. Die Vorschläge der Gläubiger würden sich auf drei Milliarden Euro belaufen. *Mit Agenturen*

## Ver.di beginnt Arbeitskampf bei der Post

Unbefristete Streiks ab Anfang kommender Woche angekündigt

Berlin. Bei der Deutschen Post wird ab Beginn der nächsten Woche unbefristet gestreikt. Montag oder Dienstag beginne der Arbeitskampf, wann konkret, werde ver.di kurzfristig bekanntgeben, sagte ein Sprecher am Freitag in Berlin. An den Warnstreiks der vergangenen Wochen hätten jeweils 4000 bis 8000 Beschäftigte teilgenommen, gestreikt worden sei an unterschiedlichen Tagen und in unterschiedlichen Einrichtungen. Neue Gespräche mit dem Konzern stünden »nicht mehr zur Debatte«.

Hintergrund des Konflikts ist der Aufbau von 49 regionalen Gesellschaften für die Paketzustellung, bei denen bislang rund 6000 Boten nicht nach dem Haustarif der Post, sondern nach oft niedrigeren regionalen Tarifverträgen der Logistikbranche bezahlt werden. Ver.di will erreichen, dass sie tariflich unter das Dach der Post zurückkehren. Dabei – so hatte die Gewerkschaft vorgeschlagen – würde sie für 2015 auch auf eine lineare Lohnerhöhung verzichten.

Am Freitag gingen derweil die Ausstände im Sozial- und Erziehungsdienst in mehreren Bundesländern weiter – unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Thüringen. Von Montag an greift eine Friedenspflicht, nachdem sich Arbeitgeber und Gewerkschaften auf eine Schlichtung geeinigt hatten. *Agenturen/nd* **Seiten 2 und 5**

ISSN 0323-3375

